

Gemeinsame Presseerklärung

20.04.2017

SPD-Fraktion Hamburg-Nord | Martinistraße 31/33 | 20251 Hamburg | info@spd-fraktion-nord.de
GRÜNE Fraktion Nord | Bussestraße 1 | 22299 Hamburg | fraktion@gruene-nord.de

Folgeunterbringung Loogestraße: SPD und GRÜNE nehmen Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst

Die Bezirksversammlung hat heute auf Antrag von SPD und GRÜNEN beschlossen, dass der Zentrale Koordinierungsstab Flüchtlinge (ZKF) zur Sitzung des Regionalausschusses am kommenden Montag, 24.4.2017, geladen wird. Dort sollen die berechtigten Fragen der Bürgerinnen und Bürger zu Einrichtung einer Folgeunterbringung am Standort Loogestraße beantwortet werden. Diese hatte der ZKF beschlossen und zugleich den zuvor diskutierten Standort Seelemannpark zunächst zurückgestellt.

Thomas Domres (SPD), Fraktionsvorsitzender: *„Die Folgeunterbringung für ca. 100 Geflüchtete wird seit Dezember 2016 in Eppendorf breit diskutiert. Wir freuen uns dabei über die große Unterstützung der lokalen Initiativen für eine Unterbringung im Stadtteil. Wie überall in Hamburg, so gibt es aber auch in Eppendorf Menschen, die Fragen bezüglich einer Folgeunterkunft haben. Diese werden auch in Hamburg-Nord sehr ernst genommen.*

Den Kritikern und politischen Kräften, die mit unlauteren Mitteln gegen geflüchtete Menschen arbeiten, die noch immer in Erstaufnahmeeinrichtungen ausharren müssen, sei klar gesagt: Eppendorf ist und bleibt solidarisch mit Menschen, die Hilfe brauchen.“

Sina Imhof (GRÜNE), Ausschussvorsitzende: *„Im Februar hat der Zentrale Koordinierungsstab Flüchtlinge (ZKF) mitgeteilt, dass er sich für eine Unterkunft für Geflüchtete an der Loogestraße entschieden hat. Diese Entscheidung begrüße ich, denn noch immer sind zahlreiche Geflüchtete in Erstaufnahmen untergebracht. Dort ist Integration kaum möglich.*

Die letzte Sitzung des Regionalausschusses hat gezeigt, dass es eine Vielzahl von Fragen zur Gestaltung der Unterkunft gibt. Damit diese Fragen direkt von den Entscheidungsträgern beantwortet werden können, haben wir den ZKF erneut eingeladen. Ich hoffe, dass sich in der Sitzung die Bedenken von Anwohnerschaft sowie Eppendorferinnen und Eppendorfern ausräumen lassen und sich die bereits durch Initiativen vor Ort gezeigte Unterstützung für den Standort weiter vergrößert.“

Hintergrund

Im Rahmen des Kompromisses mit der Initiative „Hamburg für gute Integration“ hat Hamburg sich verpflichtet, Unterkünfte für Geflüchtete über das gesamte Stadtgebiet zu verteilen. Mittels kleinteiliger Unterkünften sollen so bessere Voraussetzungen für die Integration von geflüchteten Menschen geschaffen werden.

Anlage: Beschlossener Antrag